Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • 11030 Berlin

Frau
Dr. Valerie Wilms MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dorothee Bär, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
beim Bundesminister für Verkehr
und digitale Infrastruktur

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2300
FAX +49 (0)30 18-300-2319

psts-b@bmvi.bund.de
www.bmvi.de

Datum: Berlin, 21.06.2017

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage Nr. 083/Juni:

Inwiefern wird bei der Ausschreibung von Systemen zur Erhebung und Kontrolle der zeitabhängigen PKW-Maut bzw. Infrastrukturabgabe (siehe dpa vom 13.06.2017: Bund startet Ausschreibungen für Pkw-Maut) gewährleistet, dass über den Zeitraum von 12 Jahren – also bis zum 31.12.2030 – bei einer möglicherweise europarechtlich gebotenen Umstellung auf eine zeitabhängige Pkw-Maut, in der Zukunft nicht ein altes System weiterbezahlt werden muss, das für die Erhebung einer entfernungsabhängigen Pkw-Maut nicht geeignet ist, da Deutschland die EU-Kommission bei ihren Bemühungen für ein einheitliches europäisches Mautsystem unterstützt (siehe „Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Infrastrukturabgabengesetzes"; BT-Drucksache 18/11237) und die Kommission angekündigt hat, „die Erhebung von Gebühren auf der Grundlage der Entfernung (d.h. Mautgebühren) statt auf der Grundlage des Nutzungszeitraums (d.h. Vignetten) einführen zu wollen und daher „zeitabhängige Systeme nach einer angemessenen Übergangsphase (2023 für schwere Nutzfahrzeuge, 2027 für andere Fahrzeugkategorien) vorschlägt" (siehe Factsheet der Europäischen Kommission vom 31. Mai 2017 „Europa in Bewegung: Fragen und Antworten zu den Initiativen für eine saubere und wettbewerbsfähige und vernetzte Mobilität), und inwiefern ist eine Ausstiegsklausel für den Fall einer Umstellung auf eine entfernungsabhängige Pkw-Maut vorgesehen?

beantworte ich wie folgt:

Es handelt sich um einen ersten Vorschlag der EU-Kommission. Dieser wird mit den Mitgliedstaaten diskutiert. Die Bundesregierung vertritt nach wie vor die Auffassung, dass die Mitgliedstaaten weiterhin die Freiheit haben müssen, zu entscheiden, ob sie zeitbezogene oder streckenbezogene Mautsysteme betreiben und wird dies auch gegenüber der Europäischen Kommission deutlich vertreten.

Zertifikat seit 2009
audit berufundfamilie

Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

Die den Ausschreibungen der Systeme zur Erhebung und Kontrolle der Infrastrukturabgabe zugrundeliegenden Vertragskonzepte sehen – unabhängig vom jetzt von der EU-Kommission vorgelegten „Mobility-Package“ – für den Auftraggeber eine außerordentliche Kündigung bei Vorliegen bestimmter, vertraglich vorgesehener Fälle vor.

Mit freundlichen Grüßen

Dorothee Bär

Zertifikat seit 2009
audit berufundfamilie